

DER DEUTSCHE GULLIVER

VON PETER SCHNEIDER

Was ist nun wahr, fragte mich ein befreundeter ausländischer Journalist, welchem Bild von den Deutschen soll ich glauben?

Da ist dieser phantastische Ausbruch von Tatkraft, Effizienz und Hilfsbereitschaft während der Flutkatastrophe dieses Sommers. Dasselbe Volk kurz vor der Wahl: ratlos. Der Souverän in Katerstimmung, schon vor dem Fest. Die größte Partei ist bis jetzt die der Unentschlossenen und der Nichtwähler. Wer immer auch das Rennen macht, so der Grundkonsens, viel wird sich doch nicht ändern. Es herrschen Lustlosigkeit und jene Abwesenheit von Hoffnung, die bei uns als „deutsche Krankheit“ seit Jahren Schlagzeilen machen.

Welches von den beiden Bildern stimmt? Soll man in der Tatkraft, die während der Flutkatastrophe zu bestaunen war, das Zeichen für einen neuen Aufbruch sehen, oder handelt es sich um das Produkt einer Wunderheilung, die nicht lange anhält – nach dem Beispiel jener Encephalitis-Kranken im Film „Zeit des Erwachens“, die dank einer Droge für kurze Zeit zu ihrer Lebendigkeit zurückfinden, um dann wieder in ihren Dauerschlaf zurückzusinken?

Die Frage meines Bekannten war, so schien es mir, leicht zu beantworten: Der Unterschied zwischen den beiden Herausforderungen liegt auf der Hand. Eine Flutkatastrophe ist ein Verhängnis, das sich mit ungeheurer Wucht und in wenigen Stunden ausbreitet. Es kommt ohne Vorankündigung und bedroht die Existenz der Bürger. Niemand hat Zeit, sich lange zu beraten und sich mit dem Streit um die Schuldfrage aufzuhalten.

Die Malaisen dagegen, von denen uns die Parteien Erlösung versprechen – Arbeitslosigkeit, Nullwachstum, Bildungsmisere – sind von anderer Art. Sie brechen nicht mit dem Tempo einer Flutkatastrophe herein, sondern haben sich in Jahrzehnten in den Nervenzentren des Gemeinwesens eingenistet. Man kennt diese Übel, man hat sich daran gewöhnt, mit ihnen zu leben – obwohl sie auf lange Sicht womöglich viel bedrohlicher sind als die Flutkatastrophe dieses Sommers.

Alles erklärt und nichts gewonnen. Jedenfalls hatte ich nicht den Eindruck, dass mein Bekannter sich von meinen Auskünften erleuchtet fühlte, als er ging. Tatsächlich ließ er mich in Grübelstimmung zurück. Die Frage bleibt ja, warum wir nicht in der Lage sind, auch nur ein Quäntchen jener Entschlossenheit und Tatkraft, die während der Flutkatastrophe zu Tage trat, bei der Bewältigung unserer schleichenden Katastrophen einzusetzen. Was sind die Ursachen der Bewegungsstarre? Brauchen wir den Ausnahmezustand, um handlungsfähig zu werden?

Denn eigentlich ist es ja schon eine Verharmlosung, von „schleichenden Katastrophen“ zu sprechen. Sie schleichen längst nicht mehr, sie trampeln, und sie stampfen. Nehmen wir nur unsere neue Hauptstadt – sie geht am Stock. Kaum hatte sich Berlin von der Mauer und den Gurus des realen Sozialismus befreit, geriet die geplagte Stadt in den Würgegriff der Immobilienspekulanten und der Wirtschaftsprüfer. Da hatte eine neu geschmiedete Bankgesellschaft einige Immobilienfonds mit einzigartigen Eigenschaften aufgelegt. Ein Spitzenverdiener, der 100 000 Euro einzahlte, bekam bei den besten Fonds vom Fiskus gleich im ersten Jahr 30 Prozent als Steuererstattung zurück. Den Rest konnte er mit einem Kredit der Bankgesellschaft bezahlen, deren Zinsen er von der für 25 Jahre garantierten Ausschüttung von fünf Prozent jährlich bestreiten konnte. Kurz, er musste für seinen Fondsanteil nicht einen Euro selbst zahlen.

Es war eine Traumanlage, die ihresgleichen auf dem Weltmarkt suchte, ein Gewinnspiel ohne Risiko, das der märchenhaften Regel gehorchte: Die Rendite geht aufs Privatkonto, für der Großteil der Verluste haftet das Land beziehungsweise der Steuerzahler. Es konnte nicht fehlen, dass sich die Manager und Fonds-Erfinder ihren Einfallsreichtum von den Banken nicht nur mit Millionengehältern, sondern auch mit einigen erstaunlichen Extras vergelten ließen. So wurde etwa nach den Wünschen des Managers Christian Grün ein „kleines Einfamilienhaus“ (Christian Grün) von 371 Quadratmetern gekauft und renoviert. Die Garage musste gefliest, ein Golfabschlagplatz angelegt, frisch gepflanzte Bäume mussten wieder herausgerissen und neu eingepflanzt werden, weil sie „in die falsche Richtung blickten“. In das mit Millionen renovierte Anwesen zog dann Herr Christian Grün als einfacher Mieter ein und bezahlt dafür 2817 Euro im Monat.

Das schöne Märchen nahm leider einen bösen Ausgang – der Immobilienmarkt brach zusammen, der Fonds erwirtschaftete gewaltige Verluste, der Bankgesellschaft drohte der Bankrott, und das ohnehin hoch verschuldete Land Berlin haftet nun mit bis zu 21,6 Milliarden Euro für die Bankgesellschaft und die Gewinne der glücklichen Fondsanteilseigner.

Inzwischen werden in Berlin Kitas, Krankenhäuser, Schwimmbäder geschlossen, immer öfter fällt der Unterricht in den Schulen aus, weil die Lehrer mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden, die Zwölfjährigen werden mit Büchern unterrichtet, aus denen schon ihre Eltern lernten, weil das Geld für neue Lehrmittel fehlt, die ganze Stadt ächzt und ringt nach Atem. Und was wurde aus den Trickbetrügern im Nadelstreifenanzug? Einigen von ihnen wurde

gekündigt, viele sind immer noch in Amt und Würden und wohnen in ihren „kleinen Einfamilienhäusern“, die die bankrotte Bankgesellschaft abbezahlt, zur Miete. Aus Gründen, die nur Wirtschaftsanwälte verstehen, ist es bisher nicht gelungen, die Fonds-Helden für den angerichteten Schaden persönlich haftbar zu machen. Und kein Volksaufstand, keine Bankbesetzung, kein Aufbegehren im demonstrationsberühmten Berlin? Hilfe, wo seid ihr, ihr Hunderttausende von geprellten Bürgern? Was heißt schon: heraus zum 1. Mai? Heraus jeden Tag zum Protest gegen die Räuber von der Bankgesellschaft!

Zur Ehre der Berliner sei gesagt, dass sich inzwischen ein tapferes Grüppchen um die Berliner Peter Grottian und Birger Scholz gebildet und einen Appell an den zivilen Anstand der Anteilseigner formuliert hat. Sinngemäß sagt der Aufruf dies: Geehrte und in der Mehrzahl unbescholtene Zeichner, gebt zurück, was ihr unschuldig und im Unwissen über die unsauberen Machenschaften der Fonds-Ingenieure erworben habt, baut euer unverdientes Glück nicht auf das Unglück dieser Stadt!

Man möchte denken, dass die Verfasser des Aufrufs mit diesem Appell an den Bürgersinn – nicht nur in Kreuzberger Wohngemeinschaften – einen orkanartigen Applaus ausgelöst hätten. Zunächst ernteten sie eine Anzeige: Mit der Preisgabe von 150 prominenten Zeichnern des Fonds hätten sie ein elementares Menschenrecht aller Börsenteilnehmer verletzt – das Recht auf Anonymität.

Die Geschichte des Bankenskandals in Berlin zeigt einen Strukturwandel im viel gerühmten deutschen Modell des Kapitalismus namens „soziale Marktwirtschaft“ an: die Verabschiedung der großen Kapitalgesellschaften von ihrer sozialen Verantwortung und vom Unternehmerrisiko. Ihre Manager führen das Leben von phantastisch überbezahlten Beamten, die für ihre Entscheidungen nicht haften. Sie genehmigen sich Erhöhungen ihrer Gehälter um zweistellige Prozentzahlen auch dann, wenn sie die ihnen anvertrauten Betriebe mitsamt deren Belegschaften in den Ruin geführt haben. Im Schadensfall wälzen sie „das Unternehmerrisiko“ auf die Kommunen und den Steuerzahler ab. Das Schlimmste, was ihnen passieren kann, ist der unverdiente Ruhestand oder der Wechsel in eine andere, besser honorierte Managerstellung. Worin bestand eigentlich das Unternehmerrisiko bei den spektakulären Pleiten der letzten Jahre wie der von Jürgen Schneider (5 Milliarden Mark), der Bremer Vulkan-Werft (2,4 Milliarden Mark), des Holzmann-Konzerns (2,4 Milliarden Mark), die Tausende von Arbeitsplätzen vernichteten? Man hat nicht gehört, dass die Kapitäne je mit ihren Schiffen untergingen oder sich erschossen hätten, geschweige denn, dass sie irgendeine Haftung oder Haft zu erleiden hatten. Falls es einmal, wie im Fall Jürgen Schneider, zu einer Gefängnisstrafe kam, so entsprach sie der Strafe für einen Handtaschenräuber.

Diejenigen, die das Unternehmerrisiko nach wie vor kennen und erleiden, sind die Millionen kleinen und mittleren Betriebe, die für 70 bis 80 Prozent der Arbeitsplätze stehen. Sie kämpfen einen zweifachen Kampf. Gegen die Banken, die großzügig Milliarden geben, wenn ein Jürgen Schneider kommt, aber sich von Pingeligkeit und Argwohn besessen zeigen, wenn ein Malermeister oder ein Flutopfer einen Kredit über 50 000 Euro beantragt. Und gegen einen anderen Feind, dessen Adresse sich im Bran-

chenbuch nicht so leicht nachschlagen lässt. Da ist dieses feine aber reißfeste Gespinnst von Regeln, Paragraphen, flächendeckenden Tarifabschlüssen, das die Liliputaner, die den Riesen Gulliver bewegungsunfähig machten, vor Neid erblassen ließe. In Deutschland ist die Fesselkunst so weit gediehen, dass man die Fessler von den Gefesselten kaum mehr unterscheiden kann.

Bleiben wir in Berlin. Ein Gewährsmann aus dem Berliner Senat berichtet mir, seine Behörde schleppe seit Jahr und Tag einen Überhang von 20 bis 25 Prozent überflüssigen Beamtenstellen mit. Allein in seiner Abteilung ergebe das eine Überstand von 300 bis 400 Stellen. Und so verhalte es sich auch in allen übrigen Abteilungen.

Sein Dienstherr verfiel auf den Einfall, diese Stellen feststellen zu lassen und sie mit einem Vermerk „k. w.“ („kann wegfallen“) zu markieren, um sie, falls ein Beamter ausscheiden würde, nicht wieder zu besetzen. Sofort trat der zuständige Vertreter der Gewerkschaft (Ver.di) auf den Plan. Es sei unmenschlich, erwachsene Menschen mit dem Wissen zu belasten, dass ihre Dienste überflüssig seien. Aber wenn sie tatsächlich überflüssig sind? Haben erwachsene Menschen, zumal wenn sie jung sind, nicht ein Recht auf dieses Wissen? Der Gewerkschafter beschwor „die soziale Gerechtigkeit“ und blieb bei seiner Meinung. So wurde denn die „k. w.“-Erhebung anonym durchgeführt.

Ich wollte wissen, wie der „k. w.“-Beamte seinen Tag verbringt. Die Andeutungen meines Gewährsmanns ließen vor meinen Augen ein surreales Bild entstehen. Offenbar betreten Tausende von „k. w.“-Beamten jeden Morgen pünktlich ihre Behörde. (Beamte und öffentliche Angestellte haben, im Unterschied zu den Arbeitern eines Industriebetriebes, kein Zeitkonto, das sich auf ihrer Chipkarte ablesen lässt. Die einzige Kontrolle, der sie unterliegen, ist die Selbstkontrolle – und daran

lassen es auch die „k. w.“-Beamten in aller Regel nicht fehlen.) Sie verteilen sich in den unendlichen Fluren auf die Dienstzimmer und beginnen ihren Arbeitstag. Längst haben sie sich daran gewöhnt, dass ihr Abteilungsleiter es morgens mit einem kurzen Gruß bewenden lässt, aber keinen Auftrag erteilt und sich auch nicht nach dem Fortgang dieses oder jenes Vorgangs erkundigt. Auf dem leeren Schreibtisch wartet allenfalls der jüngste Frontbericht des Personalrats über das Hickhack mit dem Arbeitgeber; vielleicht ist eine Unterschrift unter ein bereits von anderen unterschriebenes Schriftstück zu leisten, eine Zimmerpflanze muss begossen werden, der Blick aus dem Fenster fällt auf ein ausparkendes Auto, das fast ein anderes streift, zum Glück ist es nicht das eigene. Langsam vergehen die Morgenstunden, es naht die Kaffeepause. Niemand verdenkt es dem „k. w.“-Beamten, wenn er etwas länger in der Kantine sitzt und mit seinen Schicksalsgenossen plaudert. Wenn er es nicht schon weiß, erfährt er, dass der Geburtstag eines Kollegen zu feiern ist – in einer Behörde mit Tausenden von Beamten und Angestellten vergeht begreiflicherweise kein Tag ohne eine Geburtstagsfeier. Nach der Kaffeepause und der Geburtstagsfeier noch einmal ein Abstecher ins Dienstzimmer, es naht das Mittagessen. Im Gedränge an der Theke und den Tischen erlebt der „k. w.“-Beamte etwas, das er in den übrigen Stunden seines Arbeitstages entbehrt: das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Organismus, der ihn seit Jahren diskret aus

dem Zentrum der Betriebsamkeit ausgestoßen hat. Nach dem Mittagessen folgt ein Nachmittag, den man sich ungern ausmalt, und dann noch einmal die Berührung mit dem Kollektiv: beim Verlassen des Gebäudes nach der „Kernzeit“.

Die Frage, die sich nicht nur der Senat und die Gewerkschaft, sondern die Gesellschaft insgesamt gefallen lassen muss, ist die folgende: Ist es menschenwürdig und gerecht, erwachsene Menschen in einer Placebo-Existenz wie der oben beschriebenen festzuhalten? Sie zu ermutigen, im goldenen Käfig einer lebenslangen Anstellung ihrer Pension entgegenzudämmern und ihr Leben zu verpassen? Und dies in einer Stadt, die ihre Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten nicht mehr reparieren kann, weil fast 100 Prozent des Steueraufkommens für ihren Personalbestand draufgehen?

Und ist es nicht doppelt irrwitzig, wenn diese Vergeudung von menschlichen und finanziellen Ressourcen auch noch das Funktionieren des Betriebs behindert? Es ist ja nur menschlich, dass die „k. w.“-Beamten ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen suchen, indem sie sich in die Arbeit der aktiven Kollegen so weit wie möglich einmischen. Der Schaden, der durch die Verlängerung der Amtswege, durch die Benutzung von Büroräumen, durch Verzögerung und Verhinderung von Genehmigungen entsteht, beziffert sich, so wird gemunkelt, auf Hunderte von Millionen.

Aber auch ihren aktiven Kollegen fällt es schwer, sich im engen Korsett der Behörde zu bewegen. In einem Steglitzer Gymnasium wurde die Turnhalle wegen einer Schadstoffverseuchung gesperrt. Seither werden die Schüler, wenn Sport im Unterrichtsplan steht, zum Lauftraining in öffentlichen Parkanlagen ermutigt, im Winter ist Theorie angesagt – an einen ernsthaften Sportunterricht ist nicht zu denken. Der Schulsenat hatte nicht das Geld, die fällige Reparatur in Gang zu setzen. Die Zahlungsunfähigkeit der Behörde setzte eine in Deutschland ungewohnte Initiative in Gang. Die Eltern beschlossen, die für die Sanierung der Turnhalle erforderliche Summe zu sammeln, und sie schafften es. Und nun passierte das Unglaubliche: Der Senat untersagte es, die Elternspende für die Instandsetzung der Turnhalle einzusetzen. Die Eltern dieser Schule hätten sich, wie die Eltern anderer Schulen, in der unendlichen Liste reparaturbedürftiger Schulen hinten anzustellen. Die Oberaufsicht der Behörde, die Sicherheitsbestimmungen der Behörde, die Zuständigkeit der Behörde sahen einen solchen Fall von Bürger-Einmischung nicht vor. Das höhere und verteidigungswerte Rechtsgut war nicht die sportliche Ausbildung der Kinder, sondern die Rechtshoheit der Behörde.

Peter Strieder, der Vorsitzende der Berliner SPD, trat kürzlich mit einer todesmutigen Ankündigung an die Öffentlichkeit: Berlin leiste sich mehr Beamte und Angestellte als jede andere Stadt. In einem ersten Anlauf müssten 15 000 Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen werden.

Sofort meldete sich der Gewerkschaftsvertreter zu Wort. Er stritt nicht den Befund – die Überflüssigkeit von 15 000 Stellen –, aber teilte nach den üblichen Stenzen über Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit mit, es handele sich um nichts als Wortklauberei. Selbstverständlich könne man hier und dort Stellen

streichen, aber die Inhaber dieser Stellen seien bekanntlich unkündbar – sie könnten nur auf andere Stellen verschoben werden.

Hatten wir recht gehört? Die Stadt muss 15 000 Stellen streichen, weil sie erstens überflüssig, zweitens nicht mehr zu bezahlen sind, muss aber 15 000 Stelleninhaber lebenslanglich weiter alimentieren, weil es bindende Verträge gibt? Und keine öffentliche Diskussion, nicht einmal eine schüchterne Erkundigung, wie man aus Verträgen herauskommen kann, die ein Gemeinwesen in die Knie zwingen? Hat ein Gemeinwesen, das solche Fragen nicht stellt, nicht seinen Überlebenswillen aufgegeben?

Die Verursacherliste für das Phänomen des Stillstands muss offenbar erweitert werden. Sind es am Ende wir selbst, die Bürger, die nicht wollen, dass sich etwas ändert? Selbstverständlich will niemand von uns arbeitslos werden; logischerweise identifizieren wir uns mit denen, denen ein solches Schicksal droht. Und kann man uns aus diesem Angst- und Solidaritätsreflex einen Vorwurf machen? Warum sollten wir einen Politiker wählen, der uns die Wahrheit über die bitteren Konsequenzen einer Sanierung der öffentlichen Haushalte nennt? Betriebsbedingte Kündigung von Tausenden von Beamten? Wohin mit denen in Berlin mit seiner Arbeitslosigkeit von 17 Prozent?

Unsere rituelle Beschuldigung der Politiker, die nur reden und nicht handeln, erscheint nun in einem anderen Licht. Würden wir einen Politiker, der bewusst das Wagnis einging, nicht gewählt zu werden, weil er uns die Wahrheit zumutet, nicht mit allen Zeichen unseres Respekts in die Wüste schicken? Haben wir uns nicht selbst in geduldiger Kleinarbeit den Zustand erschaffen, den wir jetzt beklagen: zwei große Volksparteien, die sich in ihren wirtschaftspolitischen Grundaussagen so wenig unterscheiden, dass viele am Ende nicht mehr wissen, warum sie überhaupt zur Wahl gehen sollen? Und über den von uns herbeigeführten Mangel an Optionen dürfen wir uns auch noch in aller Unschuld beklagen! Denn der Wähler, der immer schimpft, aber nichts wirklich ändern will, ist ja die heilige Kuh der Mediengesellschaft, er ist über jede Kritik erhaben, jeder Politiker und jeder Kommentator muss sich vor diesem ständigen maulenden Gott verbeugen.

Begraben wir das rituelle Vorwurfsspiel, alles in allem haben wir genau die Politiker, die wir verdienen.

Wäre da nicht eine Kleinigkeit. Denn die Grundannahme, die den heimlichen Konsens zwischen mutlosen Wählern und mutlosen Politikern trägt, hält schon einem flüchtigen Blick in die Länder jenseits unserer Grenzen nicht stand.

Einverstanden, auf keinen Fall wollen wir „amerikanische Zustände“, zumal wir diese Zustände nur aus den Gruselmärchen unserer Politiker kennen. Aber wie wäre es mit Schweizer Zuständen, norwegischen Zuständen, schwedischen, dänischen, holländischen Zuständen? Unsere kleineren Nachbarländer, die in den letzten Jahren nicht gerade durch „soziale Kälte“ aufgefallen sind, haben exakt dieselben Probleme gehabt wie wir: hohe Arbeitslosigkeit, Nullwachstum, einen starren Arbeitsmarkt, eine riesige und ineffiziente Bürokratie, einen nicht mehr bezahlbaren Sozialstaat. Sie alle haben sich, zum Teil mit durchaus verschiedenen Griffen, am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen. Sie haben die Arbeitslosigkeit auf einen Pegel um die fünf Pro-

zent gedrückt und erzielen auch in der derzeit lähmenden Weltkonjunktur ein höheres Wachstum als wir Deutsche. Nachweisbar und überprüfbar hat sich das Kreuzifix, das wir allen Erneuerern entgegenhalten, als Mummenschanz erwiesen. Mit den Worten des Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn: „Wir sind in diesem Land auf der total falschen Schiene. Weil es Arbeitslosigkeit gibt, denken wir, wir müssen die Leute gegen die Arbeitslosigkeit absichern, mit der Folge, dass es noch mehr Arbeitslose gibt.“ (SPIEGEL 49/2001)

Hans-Werner Sinns These, gerade die starre Absicherung von Arbeitsplätzen führe in der Krise zum weiteren Verlust von Arbeitsplätzen, erscheint auf den ersten Blick paradox. Für viele kleine und mittlere Unternehmer beschreibt sie ein Betriebsschicksal. Ein schlagendes Beispiel für diesen fatalen Mechanismus war vor einiger Zeit in einem Wochenmagazin zu lesen: Der Malermeister Sven Romeike aus Berlin-Spandau geriet durch die billiger arbeitende Konkurrenz aus Brandenburg in Bedrängnis. Um seine Firma zu retten, hätte er die Löhne seiner 13 Mitarbeiter entweder senken oder einige von ihnen kurzfristig entlassen müssen. Die erste Option war dank gewerkschaftlicher Tarifbestimmungen verboten, die zweite Option dank anderer Bestimmungen zu teuer – allein für die Abfindungen seiner drei ältesten Mitarbeiter hätte er 128000 Euro befragen müssen. Romeike entschloss sich zu der einzigen Alternative, die ihm die Regeln übrig ließen: Er kündigte allen 13 Beschäftigten und suchte eine Stelle als angestellter Meister bei einem anderen Betrieb. Ein neues Unternehmen durfte er nicht gründen; seine Ex-Angestellten hätten ihn auf Wiedereinstellung verklagen können.

Deutschland, so scheint es, ist eine AG zur Risiko- und Schmerzvermeidung geworden. Man betrachtet das Leben hier eigentlich als eine Veranstaltung zur Abschaffung von Überra-

schungen und Unvorhersehbarkeiten. Die Kunst der Risikominimierung ist bis zu einem gewissen Grad natürlich und vernünftig; alle Völker üben sich darin. Allerdings haben wir es in den zurückliegenden Jahrzehnten in dieser Disziplin so weit gebracht, dass Beobachter sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren können, wir hätten uns zu dem Projekt verstiegen, mit den Risiken des Lebens auch das Leben selbst abzuschaffen.

Wäre es nicht spätestens jetzt, da viele deutsche Städte sich dem Bankrott nähern, an der Zeit, darüber nachzudenken, warum eigentlich für Volksschul-, Gymnasial- und Hochschullehrer, aber auch für Bühnenarbeiter, Postbeamte, Förster, Schornsteinfeger unkündbare Lebensstellungen zur Verfügung stehen müssen? Eigentlich war ja schon in guten Zeiten nicht recht einzusehen, warum die Unterrichtung des Konjunktivs, des Dreisatzes und der Rolle rückwärts einer besonderen Treuepflicht zu Staat und Verfassung und eines entsprechend bestallten Staatsrepräsentanten bedurften.

Es wäre vergleichsweise komfortabel, wenn der Bürger mit seiner Stimme darüber entscheiden könnte, ob er das dichte Netz von Regeln und Bestimmungen, das so viele Initiativen lähmt, abwerfen oder beibehalten möchte. Aber die Zentrale, die dieses Netz im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ und des „Gemeinwohls“ geknüpft hat und mit unerschütterlicher Ruhe ausbaut, steht nicht zur Wahl. Sie verfügt über Mitgliederzahlen, von denen politische Parteien nur träumen können. Folglich haben auch in diesem Wahlkampf beide großen Volksparteien gleichermaßen um die Gunst der Gewerkschaften geworben.

Und warum auch nicht? Wer will es gestandenen Gewerkschaftern absprechen, dass sie mit den Kampagnen und Streiks der letzten Jahre das Wohl ihrer Klientel verfolgten, auch wenn dabei die Grundrechenarten außer Sicht gerieten. Beispiel: „Rente mit 60 ohne Rentenabschlag“. Eigentlich leuchtet es jedem Abc-

„DER
WÄHLER
SCHIMPFT –
UND WILL
NICHTS
WIRKLICH
ÄNDERN.“

Schützen ein, dass bei schwindenden Einzahlungen nicht immer mehr Rentner früher als früher und vor allem länger als früher gleich bleibende Renten beziehen können. Egal, die Forderung wurde im Interesse des Gemeinwohls erhoben – schließlich wollte man der Jugend den Einstieg ins Arbeitsleben erleichtern.

Es ist schwierig, sich mit den Gewerkschaften wirklich anzulegen. Denn sie meinen es grundsätzlich immer gut. Wer will bezweifeln, dass bei ihrem famosen Rentenvorschlag oder dem diesjährigen „kräftigen Schluck aus der Pulle“, der bekanntlich die Konjunktur ankurbeln sollte, solidarische Erwägungen im Vordergrund standen? Der Widerspruch zwischen der noblen Absicht und dem Resultat erklärt sich nicht aus Eigennutz, sondern aus einer strukturellen Wahrnehmungsverengung, wie sie in zentralistisch verfassten Großgruppen nahezu gesetzmäßig entsteht: Die Wahrnehmung der Wirklichkeit hört dort auf, wo sie die Macht und die Besitzstände der Organisation berührt. Die Grundregel des Erkennens und dann auch des Rechnens lautet: Was einmal errungen wurde, wird nicht mehr hergegeben; mehr geht immer, weniger nie. Bleibt nur hinzuzufügen, dass die Gewerkschaftsführung mit dieser Haltung im Bundestag auf eine Lobby zählen kann, die dort, gleichgültig, welche Partei die Regierung stellt, die Mehrheit hat. Nur ein Fünftel von den insgesamt 666 Abgeordneten kommt aus den Rängen der Freiberufler und der Selbständigen, die überwältigende Mehrheit rekrutiert sich aus Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die Hälfte der Abgeordneten sind Gewerkschaftsmitglieder.

Zu vermerken ist ein denkwürdiger Vorgang. Die Gewerkschaften laufen Gefahr, mit ihren Anfängen auch ihre historischen Ziele aus den Augen zu verlieren. Sie, die sich rühmen dürfen, ein erhebliches Maß an Zivilität im kapitalistischen Arbeitsprozess durchgesetzt zu haben, das Streikrecht, den Achtstundentag, die Gleichstellung von Mann und Frau, das Verbot von

Kinderarbeit und unzumutbaren Arbeitsbedingungen, sind im Begriff, ihre historische Leistung auf den Kopf zu stellen. Aus eher anarchistischen Anfängen ist ein Verein geworden, dem vor allem eines wichtig ist: Ausbau des Apparates, Vervollkommnung der Kontrolle – Verdrängen eines Verband zur Verteidigung der Rechtlosen ist eine millionenstarke Bastion geworden, die die Privilegien der Arbeitenden gegen die Arbeitslosen verteidigt; aus einer Kampftruppe für das Recht aller auf Arbeit ein mächtiger Verein, der die erworbenen Besitzstände der eigenen Klientel auch um den Preis der Lähmung der gesamten Gemeinschaft verteidigt. Müsste es, im veränderten Szenario einer postindustriellen Gesellschaft, nicht zu den Aufgaben einer Gewerkschaft gehören, sich für die Entstehungsbedingungen neuer Arbeitsplätze stark zu machen? Heute kann man die Politik der Bosse, die wie Könige regieren, getrost als das größte Hindernis für den ebenso oft beschworenen wie ausbleibenden Aufschwung in Deutschland bezeichnen.

Ich rede hier nicht jenen das Wort, die behaupten, es sei die unsichtbare Hand des Marktes, die am Ende Gerechtigkeit zwischen den Sozialpartnern herstelle. Kein Satz ist durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre so blamiert worden wie diese These. Außerhalb Europas herrscht 19. Jahrhundert: der 12- und 16-Stundentag für Pfennige, Kinderarbeit, Arbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen. Die Ethik einer Gesellschaft kommt nicht aus dem Markt, sie muss ihm abgerungen werden. Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, wird die Rechte der Rechtlosen wahrnehmen? Aber wahr ist wohl auch, dass eine Gewerkschaft, deren Kreativität sich im beamtenhaften Festhalten an zentral verwalteten Regeln und Privilegien erschöpft, genau das verdient, was ihr zustößt: massenhaftes Davonlaufen.

Wer immer die Wahl gewinnt – wenn er irgendetwas bewegen will, wird er Hand an das Netz legen müssen, das den deutschen Gulliver in der Liegestellung festhält. ♦